

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Kunst und Kommerz – Forschungsperspektiven zu Kunsttransfers in der SBZ und der DDR

Prof. Dr. Gilbert Lupfer, Leiter Forschung und wissenschaftliche Kooperation, Staatliche Kunstsammlungen Dresden

„28 Jahre nach dem Fall der Mauer - Woher kommt plötzlich dieses große Interesse am staatlichen Kunstraub in der DDR?“

Diese Frage stellte letzte Woche eine Journalistin aus Süddeutschland an Ulf Bischof, Uwe Hartmann und mich – und sie zeigt schlaglichtartig, dass in der öffentlichen Wahrnehmung dieses Themas ein großer Unterschied zwischen dem Westen und dem Osten Deutschlands besteht. Dabei war diese Journalistin bemerkenswert gut informiert, aber es hatte sich eben um Neuland für sie gehandelt.

In den sogenannten „Fünf neuen Bundesländern“ hingegen kann man keineswegs – zumindest in Fachkreisen – von plötzlichem Interesse reden. Dem staatlichen Kunstraub in der DDR und in der vorhergehenden Sowjetischen Besatzungszone gilt natürlich und zwangsläufig seit einem Vierteljahrhundert Aufmerksamkeit.

Die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden beispielsweise installierten schon 1990, noch in der DDR, eine interne Untersuchungskommission, die sich mit Verkäufen aus Museumsbesitz in den 1970er und 80er Jahren befasste. Günter Schade hat das für die Ost-Berliner Museen untersucht. Recherchen nach Beständen aus der sogenannten Schlossbergung setzten Mitte der 1990er Jahre vielerorts ein. In Verhandlungen und in Rechtsstreiten mit ehemals regierenden Fürstenthümern wurden in mehreren „neuen“ Bundesländern die Enteignungen nach Kriegsende aufgerollt. Und nicht zu vergessen: der Bundestag widmete dem organisierten Kunstraub in der DDR schon Anfang der 1990er Jahre einen Untersuchungsausschuss.

Doch eine größere Öffentlichkeit, vor allem im Westen, hat das alles kaum wahrgenommen. Wenn nun also versucht wird, dieses Thema ins Zentrum zu rücken, so geschieht das spät und zu einem Zeitpunkt, zu dem zahlreiche einschlägige Fälle bereits abgeschlossen sind, zu dem Tausende von Stücken aus den Museen restituiert wurden, zu dem die zuständigen „Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen“ nach und nach aufgelöst werden.

Spät also, 26 Jahre nach dem Ende der DDR, aber auch wieder gar nicht so spät, wenn man bedenkt, dass der NS-Kunstraub erst seit Ende der 1990er Jahre, seit der Washingtoner Konferenz, (wieder) auf die

Tagesordnung gesetzt wurde. Doch ich will hier keine Vergleiche anstellen, die schnell auf gefährliche, nivellierende Wege führen könnten.

„Kunst und Kommerz – Forschungsperspektiven zu Kunsttransfers in der SBZ und der DDR“ ist der Titel dieses Beitrags, der sich explizit nicht mit der rechtlichen Bewältigung beschäftigen soll, was ja auch nicht zur Aufgabe des gastgebenden Deutschen Zentrums Kulturgutverluste gehört, sondern einzig mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung. Wer sich einen ersten Überblick zur Thematik verschaffen will, der wird recht bald feststellen, dass die bisherigen Forschungen überschaubar sind – und wir noch ziemlich wenig wissen.

In aller Kürze und aller Unvollständigkeit seien einige Felder vorgeschlagen, auf denen ich für die nächsten Jahre Forschungs-Bedarf (man könnte auch sagen: Nachholbedarf) sehe und auf denen sich ein Engagement des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste, aber auch anderer forschungsfördernder Einrichtungen, lohnen würde. Die Forderung nach interdisziplinärem Arbeiten ist hierbei nicht rhetorischer Natur, sondern wirklich essentiell: Kunsthistoriker, Historiker, Wirtschaftshistoriker, Bibliothekare und nicht zuletzt Archivare müssen zusammen gebracht werden. Der Kunstsektor darf keinesfalls isoliert betrachtet werden, sondern letztlich (auch) als ein Stück Wirtschaftsgeschichte der DDR – „Kunst & Kommerz“ steht nicht nur deshalb über diesem Beitrag, weil das so griffig klingt, sondern weil der Motor hinter allen Vorgängen offenkundig Geld war.

Auch der Begriff „Kunsttransfers“ ist nicht zufällig oder gar in verharmlosender Weise gewählt; keineswegs sollen damit die perfiden bis brutalen Formen des Entzugs schöneredet werden. Vielmehr sei damit angedeutet, dass es sich um ein komplexes System mit vielen Akteure handelte – im Osten wie im Westen, ein System mit vielen Grauzonen für die rechtliche, moralische und historische Bewertung.

Das erste Forschungsfeld, das vorgeschlagen sei, bezieht sich auf die ersten Nachkriegsjahre, auf die sogenannte Schlossbergung. Sie erfolgte – das kann an dieser Stelle nicht ausführlicher dargelegt werden – 1945/46 im Rahmen der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, also der Enteignung und Kollektivierung des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes. Die Gebäude, die „Schlösser“, und ihre Ausstattung waren inbegriffen; auf Kunstwerke und Antiquitäten zielte die Bodenreform eigentlich nicht, sie waren eher willkommener „Beifang“, der sich zu Geld machen ließ.

An manchen Orten, z.B. in Dresden, wird – zur Unterstützung der zahlreichen laufenden Rückübertragungsverfahren – zwar schon lange intensiv zur Schlossbergung geforscht, auch zum Schicksal einzelner Schlösser und deren Inventar. Doch übergreifende Darstellungen fehlen, von Arbeiten meines Kollegen Thomas Rudert abgesehen, noch weitgehend – übergreifende Darstellungen, die versuchen, die Schlossbergung über die Ländergrenzen hinweg zu analysieren und zu vergleichen (mit Ländern sind die bis 1952 existierenden fünf Länder in der SBZ/DDR gemeint). Weiter differenziert darzustellen wäre die Rolle der Akteure (also der Sowjetischen Militäradministration, der deutschen Zivilverwaltung, der Landesbodenkommissionen, der Museen usw.); dazu wären die Verflechtungen des in der ersten Nachkriegszeit blühenden grauen und schwarzen Kunsthandels unter die Lupe zu nehmen. Auf einer Tagung in Decin („Adelsschätze. Geschichte und Schicksal von Schloss-Sammlungen in Sachsen und Böhmen“, Schloss Decin, 20.-22.10.2016) war kürzlich von tschechischen Historikern Interessantes über das Agieren der Behörden gegen Großgrundbesitzer in Böhmen zu erfahren, das offensichtlich anders war als diesseits der Grenze. Hier würden sich vergleichende Untersuchungen anbieten, ebenso auch mit dem Blick nach Polen.

Ein zweites Forschungsfeld wäre die „Aktion Licht“, in deren Rahmen 1962, kurz nach dem Mauerbau, durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) Tausende von „herrenlosen“ Depots und Schließfächern

in der ganzen DDR, vor allem in Berlin, geöffnet und zur devisenbringenden Verwertung geleert wurden. Wieder geht es also um den Zusammenhang von Kunst und Kommerz, wobei die „Aktion Licht“ allerdings nicht nur und wohl gar nicht in erster Linie auf Kunstwerke zielte. Weder ist, meines Wissens nach, die gesamte „Aktion Licht“ bisher grundlegend erforscht, noch ist dem möglichen Zusammenhang mit dem NS-Kunstraub schon systematisch nachgegangen worden, der ja ein zweifacher sein könnte: Sei es, dass die Schließfächer in den 1930er Jahren eingelagertes Eigentum von jüdischen Familien enthielten, sei es, dass sich dort geraubte Objekte befanden. Gerade durch die Verbindung von NS-Zeit und DDR könnte dieses Feld von besonderem Interesse für das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste sein.

Übrigens, ohne hier ausführlicher darauf eingehen zu können: auch die 1953 eingerichtete Tresorverwaltung beim Ministerium der Finanzen ist natürlich ein wichtiges Thema, zu dem es ja u.a. im Bundesarchiv Aktenbestände gibt.

Die Kommerzielle Koordinierung (KoKo) als Bereich des DDR-Außenhandelsministeriums, legte sich wie eine Krake über das Land: Kommerz war – scheinbar ganz unsozialistisch – das Leitmotiv. So ist das Wirken der KoKo selbstverständlich ein zentrales Forschungsthema, das bisher zumindest für den Kunsthandel noch nicht erschöpfend behandelt wurde. Ulf Bischof hat mit seiner 2003 erschienenen Dissertation über die „Kunst und Antiquitäten GmbH“, eine Untergliederung der KoKo, Pionierarbeit geleistet, doch seither ist erstaunlich wenig nachgefolgt. Die durch das Bundesarchiv erfolgende Erschließung und Zugänglichmachung der Aktenbestände des ehemaligen „Kunst und Antiquitäten“-Lagers in Mühlenbeck bei Berlin dürfte wichtige Impulse für neue Forschungen geben, die in ganz verschiedene Richtungen gehen könnten.

Wie schon eingangs erwähnt, wurde in den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden gleich nach der „Wende“ eine Kommission zur Untersuchung der Kunstverkäufe aus Museumsbesitz eingerichtet. Deren verdienstvoller Bericht liegt seit 1990 vor, weist aber – aus heutiger Sicht unvermeidliche – Lücken auf. Doch weder in Dresden noch an anderen Museumsstandorten scheinen die Forschungen seither wirklich entscheidend weiter gegangen zu sein und so können wir ein drittes Forschungsfeld definieren, die Bedeutung der Museen für die Devisenbeschaffung. Man könnte derartige Untersuchungen ganz pragmatisch als Suche nach verschwundenen Objekten verstehen, oder als Beitrag zur Institutionsgeschichte; aber man könnte sich hier auch exemplarisch mit einer viel älteren, systemunabhängigen und immer umstrittenen Praxis der Veräußerung von Museumsbeständen befassen.

Jede Streichung aus einem Museumsinventar in der DDR kann übrigens nicht umstandslos zu Lasten der KoKo bilanziert werden. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass der Verkauf von Museumsstücken über viele Kanäle erfolgte – mit oder ohne aktiver Beteiligung des MfS. So wissen wir, dass aus mindestens einem großen Völkerkundemuseum der DDR wertvolle Objekte über einen amerikanischen Händler auf den Markt gelangten, mühsam getarnt durch vorgebliche Tauschgeschäfte.

Mindestens genauso interessant ist das Agieren der KoKo gegenüber privaten Sammlern und Händlern. Auch auf diesem, dem vierten Feld, besteht noch großer Forschungsbedarf. Es fehlt genauso an Fallstudien wie an Gesamtdarstellungen zur Organisation des Geschäfts mit der Kunst. Spannend wird vor allem die Nachverfolgung der Handelswege jenseits der DDR-Grenze. Welche Händler aus der Bundesrepublik, der Schweiz, den Niederlanden, den USA usw. waren Partner (etliche kennt man dem Namen nach bereits)? Wie hatten sie ihr Geschäft organisiert, kauften sie in der DDR gezielt, auf

Bestellung ein, nahmen sie en bloc ab? Und dann vor allem: wer waren wiederum ihre Abnehmer „im Westen“? Was wussten diese von der heiklen Provenienz der Ware?

Brisant kann diese Frage vor allem sein, wenn die Abnehmer Museen im Westen waren. Möglicherweise wird die Bedeutung von Museen als Kunden aber auch überschätzt, doch um das wirklich beurteilen zu können, fehlt noch die Faktenbasis. Zu hoffen ist, dass die West-Museen das Interesse an einer Aufarbeitung entdecken werden.

Ein weiteres, fünftes Forschungsfeld könnte die privaten Sammler in der DDR nicht nur als Opfer definieren, sondern auch den soziologischen Blick auf diese besondere Spezies lenken. In der „alten“ Bundesrepublik stößt man bisweilen auf ungläubiges Staunen, wenn von privaten Kunstsammlern in der DDR die Rede ist. Nun, es hat sie natürlich gegeben, wenn auch unter anderen, oft entbehrungsreicheren Bedingungen als im Westen. Aber wir wissen noch viel zu wenig über ihre Ziele, Erwerbungsstrategien, Netzwerke, auch über die Zwischenzonen und Übergangsbereiche zwischen Kunstsammlung und -handlung. Natürlich sind die Biografien einzelner Sammler vertraut, vor allem, wenn ihr Nachlass in den Bestand eines Museums übergegangen ist. Der Dresdner Gemälde- und Grafiksammler Friedrich Pappermann ist dafür ein Beispiel; er bedachte vor seinem Tod vor rund 20 Jahren die Städtischen Sammlungen in Freital bei Dresden großzügig. Oder der Erfurter Helmut Dietl, dessen Fall aus weniger erfreulichen Gründen bekannt wurde, aus der Auseinandersetzung seines Sohnes und Erben mit der Stadt Erfurt, bei der exemplarisch die ganzen Problemlagen, Gefährdungen und Grauzonen des privaten Kunstsammelns in der DDR durchgespielt wurden. Doch es gilt auch hier: es besteht noch mehr als genug Bedarf an Einzelstudien wie Zusammenfassungen.

Lassen Sie mich resümieren:

Als die Provenienzforschung in Deutschland Anfang der 2000er Jahre ganz langsam ins Rollen kam, da geschah das nach dem Prinzip des „learning by doing“, da war die Basisliteratur, auf die man sich stützen konnte, mehr als übersichtlich. Welche enorme Fülle an Studien liegen demgegenüber heute, rund 15 Jahre später vor, welche ungleich größere Kenntnis der Mechanismen und Akteure des NS-Kunstraubs besitzen wir heute, wie viele Quellen sind seither erschlossen worden – und doch stellt man immer wieder Lücken fest, erlebt große Überraschungen wie z.B. im Zusammenhang mit dem „Fall Gurlitt“. Daran gemessen kann man für das heutige Thema nur einerseits zu etwas Geduld mahnen und andererseits guter Hoffnung sein, was die mittelfristigen Perspektiven betrifft; dies umso mehr, als wesentliche Aktenbestände gerade erst erschlossen werden und reichen Ertrag versprechen.

Ich hatte einleitend vor einfachen Vergleichen über die Grenze 1945 hinweg gewarnt – und muss doch zum Schluss selbst noch einen derartigen Bezug herstellen: Die Provenienzforschung im Zusammenhang mit dem NS-Kunstraub ist immer insofern zielgerichtet, als sie ihren Beitrag zur Schaffung fairer und gerechter Lösungen im Sinne der Washingtoner Erklärung leisten soll und will – und im Zweifelsfall auch die Restitution von Kunstwerken oder anderen Kulturgütern unterstützt.

Das kann man für Studien zur Nachkriegszeit nicht umstandslos sagen. Bei Forschungen zum Agieren der KoKo im Westen beispielsweise wird nach der heute gültigen Gesetzeslage in vielen Fällen keine Restitution aus den Ergebnissen resultieren können. Dies mag man bedauern und vielleicht sogar in Frage stellen, oder man mag es im Sinne des Rechtsfriedens für unumkehrbar halten. Doch muss der forschende Beitrag zur Nachkriegszeit viel stärker unter dem Aspekt der Aufklärung dunkler, irritierender Aspekte unserer deutsch-deutschen Geschichte verstanden werden – und das ist eigentlich nicht wenig!